

Die Ameise.

Organ des Gewerkevereins der Porzellan-, Glas- u. verw. Arbeiter.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Vereins-Vorstände und Mitglieder

General-Rath.

Berlin, den 1. Dezember 1876.

Nr. 48.

Dritter Jahrgang.

Erscheint jeden Freitag.
Direktions-Abonnement-
preis für Nichtmitglieder 50 Pf.
= 86 Kr. Oesterr. Währ.
Expedition: C. Köhlerstr. 25.
Alle Postanstalten u. Zeitungs-
Expeditionen nehmen Bestellungen
an.

Redakteur: Hugo Volk,
C. Köhlerstr. 25.

Insertionsgebühr für die ge-
wöhnliche Zeile 20 Pf. = 32 Kr.
Oesterr. Währ. — Arbeitsmarkt
15 Pf. = 24 Kr. Oesterr. Währ.

Für Zusendung v. Offerten unter
Chiffre durch die Redaktion resp.
Expedition werden 25 Pf. =
40 Kr. Oesterr. Währ. als Ver-
gütung erhoben.

Amtlicher Theil des Generalraths.

An die auswärtigen Herren Generalrathsmitglieder!

In seiner 1. außerordentlichen Sitzung vom 10. Nov. d. J. beschloß der Generalrath: die mit dem 1. Januar 1877 vom 4. ordentl. Verbandstage zu Breslau wieder eingeführte Agitations-(Extra-) Steuer in Rücksicht auf die misslichen Verhältnisse vorläufig aus den Ortsklassen zu zahlen.

Gemäß § 28 des Gewerkevereinsstatuts ersuchen wir nun die auswärtigen Herren Generalrathsmitglieder, ihre Abstimmung über die Frage, ob die genannte Steuer aus den Ortsklassen oder von den Mitgliedern selbst zu zahlen ist, dem unterzeichneten Hauptschriftführer schriftlich bis spätestens den 13. Dezbr. d. J. zugehen zu lassen.

Der Generalrath.

Gustav Lenß, Vorst. Georg Lenß, Hauptschriftf.

Die Herren Ortssekretäre werden hiermit darauf aufmerksam gemacht, daß in der nächsten Ortsversammlung (im Dezember) die Neuwahl des Vorstandes (laut § 11) vorgenommen werden muß, und somit die die Hr. Straßmann gleichzeitig auf, mir das Resultat der Neuwahl unverzüglich schriftlich kundzugeben.

Georg Lenß, Hauptschriftf.,
Berlin NW., Kirchstr. 26.

Protokoll der 3. ord. Sitzung des Generalraths vom 12. November 1876.

Die Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden Hr. Lenß I. erfolgt am 10¹ Uhr. Es fehlen unentschuldig die Hr. Zintel und Hübner, entschuldig Hr. Koch. Von den Anwesenden sind die Hr. Fische, Wüchsen u. Feldman anwesend; außerdem als Gäste die Hr. Redakteur Volke und W. Dehler. Nachdem das Protokoll der zweiten Sitzung verlesen und angenommen ist, beantragt Hr. Lenß zu der Tagesordnung, welche aus 1) Einiges an Korrespondenzen, 2) Beschlußfassung über das zur Vorlage gelangende Krankentafelstatut mit 3) Statistik und Monatsbericht des Schatzmeisters, und 4) Beratung über das Organ besteht, als 5. Punkt noch die Beschlußfassung über die Zahlung der vom 4. ordentl. Verbandstage zu Breslau wieder eingeführten Agitationssteuer hinzuzufügen, was von der Versammlung genehmigt wird. Der Schriftführer beantragt, in Rücksicht auf die Anwesenheit des Hr. Volke die Organfrage zum ersten Punkt der Tagesordnung zu machen. Wird ebenfalls angenommen.

Hr. Volke referirt alsdann über die Organfrage. Betreffs der Vergrößerung der „Ameise“ vom 1. Jan. 1877 seien nach getretener Auswahl als annähernd zwei Formate in Betracht zu ziehen, das des „Banner“, welches das kleinere, und das des „Arbeitgeber“, welches das größere und seiner Ansicht nach empfehlenswertere sei. Denn wolle man einmal das Blatt vergrößern, so solle man auch nicht zu peinlich sein und lieber etwas Ordentliches herstellen, wenn nur die Mittel nicht überschritten würden. Hr. Bey theilt hierauf die durch ihn in mehreren Druckerien in Berlin und Charlottenburg über die Herstellung der „Ameise“ in den beiden genannten Formaten eingezogenen Kostenaufschläge mit, wonach sich der Herstellungspreis für 1000 Exempl. im Format des „Arbeitgeber“ in der einen Druckeri auf ca. 49 Mk., in der zweiten auf 36 Mk. und jedes weitere Hundert 1 Mk. mehr stellt. Die betr. Druckeri in Charlottenburg hält zwischen beiden Geboten die Mitte. Für das kleinere Format des „Banner“ stellen sich die Aufschläge etwas niedriger. Redner giebt gleichzeitig Mittheilung über die von ihm gemachte Aufstellung des Stats der „Ameise“, wonach sich beim Format des „Arbeitgeber“, wenn man die nach Lage der Verhältnisse einig annehmbare Offerte von 36 Mk. in Betracht zohe, die „Ameise“ unter den jetzigen Umständen decken, ja sogar noch einen kleinen Ueberschuß von vierteljährlich ca. 2 Mk. ergeben würde.

Zu der Diskussion glaubt Hr. Reichert, die in Rede stehende Sache sei schon von der Generalversammlung ge-

regelt, was von Bey richtig gestellt wird. Der Generalrath beschließt alsdann, daß die „Ameise“ vom 1. Januar 1877 im Format des „Arbeitgeber“ erscheinen solle. In Betreff der Druckeri wird in Rücksicht darauf, daß nur das Angebot der Druckeri von Denike (36 Mk.) die Vergrößerung gewähre, diese gewählt. Hr. Bey nimmt dabei Gelegenheit, die jetzigen misslichen Verhältnisse betreffs der Herstellung und Versendung der „Ameise“ zur Sprache zu bringen. Hr. Volke stimmt dem Redner bei und beschließt der Generalrath, dies Blatt für künftig selbstständig zu versenden, um etwaige Beiterungen mit dem Verbands zu vermeiden. Die Korrektur übernimmt nach freundschaftlicher Uebereinkunft mit Hr. Volke Hr. W. Dehler unentgeltlich. Auf Antrag Bey wird alsdann beschlossen, mit Hr. Denike auf 1 Jahr Kontrakt abzuschließen. Hr. Volke bemerkt hierauf, daß es sich wohl empfehlen würde, um unser Blatt nach der Vergrößerung interessant und vielseitig zu gestalten, Honorar für Originalartikel zu gewähren. Nach der Erklärung des Hr. Bey ließe sich dies ja um Theil durch den diesjährigen Ueberschuß der „Ameise“ bewerkstelligen; er bitte übrigens, dies nur als eine Anregung seinerseits zu betrachten.

Die Organfrage ist damit erledigt, es folgen Korrespondenzen. Der neugegründete D. B. Gräfenenthal erklärt in einer Inschrift an den Gen. Rath, daß er gerade vor Absendung der Mitgliederliste u. zu seinem Bedauern gezwungen sei, mitzutheilen, daß er noch nicht beitreten könne und weiteres abwarten wolle. Diese Maßnahme geschähe wegen des Artikels in der „Ameise“, betitelt „Das Schlaraffenland der Sozialdemokraten“, wodurch nach Meinung des betr. Vereins die Politik in unsere Vereinigung gezogen, bez. getrieben werde. Hr. Volke hat es übernommen, dem Einsender des Schreibens den Sachverhalt klarzulegen. (Es inzwischen zusehen. Wir haben dem betr. Hr., wie wir hier nur kurz skizziren wollen, bemerkt, daß die Deutschen Gewerkevereine eine rein wirtschaftliche Organisation sind und mit Politik sich durchaus nicht befassen. Der beste Beweis für die rein gewerbliche Thätigkeit der Gewerkevereine sei der, daß das königliche Polizeipräsidium in Berlin Verfügung getroffen, daß die Versammlungen der Ortsvereine nicht polizeilich überwacht werden sollen, da in diesen nur gewerbliche Angelegenheiten zur Erörterung gelangen und sie somit nicht unter die Bestimmungen des Vereinsgesetzes fallen. In dem angezogenen Artikel „Das Schlaraffenland der Sozialdemokraten“, welcher den Zweck verfolge, die Unhaltbarkeit der sozialistischen Theorien darzulegen, seien wir den Sozialdemokraten notwendigerweise auf ihr eigenes Gebiet gezogen, und wenn wir dabei ihre politischen Momente in Erwägung gezogen haben, so ist damit noch lange nicht gesagt, daß die Deutschen Gewerkevereine Politik treiben. Aus alledem ergebe sich, daß die Herren in Gräfenenthal von einer ganz irrigen Auffassung ausgehen. D. Red.) Aus Gotha liegen zwei Inschriften vor, in denen der Ausschuß u. A. wegen seines Verhaltens gegen zwei Mitglieder, die bereits seit April resp. Juni die Beiträge schuldeten, nach kürzlich ergangener Aufforderung jedoch jeder 2 Mk. bezahlt hatten, anfragt. Der Gen. Rath beschließt, das lange Anstehenlassen der Reste zu rügen und dem Ausschusse aufzugeben, die Mitglieder zu veranlassen, ihre Reste bis 1. Jan. zu decken, widrigenfalls dieselben ausgeschlossen werden sollen. — Ein von Hl. Skadt eingegangenes Schreiben, worin u. A. angefragt wird, ob die „Ameise“ von den Mitgliedern oder aus der Kasse bezahlt würde, hat der Schatzmeister nach den bestehenden Bestimmungen beantwortet, dem sich jedes Mitglied zu fügen habe. — Hr. Dollmann ersucht in einer längeren Inschrift an den Generalrath, ihn behufs Anregung zur weiteren Mitarbeiterschaft an der „Ameise“ ein Exemplar „Gewerkeverein“ und ein Exemplar des Glaskünstlerbundes, „Der Bund“ genannt, auf Vereinskosten zu übersenden, da ihm in Kopenhagen bis jetzt jede Lektüre fehle. Der Generalrath bewilligt das Ersuchen und wird „Der Bund“ von der Redaktion des „Gewerkeverein“ dem Petenten überlassen werden. Bezüglich einer Anregung des Hr. Dollmann, in Rücksicht auf die Beschlüsse der Generalversammlung die Besorgnisse der Redaktionskommission, die nach Ansicht des Hr. Dollmann regelmäßige Sitzungen abhalten müßte, zu erweitern, beschließt der Gen. Rath, da eine Redaktionskommission nicht mehr

zu Recht besteht, von der Neuwahl einer solchen abzusehen die Befugnisse derselben selbst zu übernehmen und Streitige Punkte im Plenum zu erledigen. — In einem Schreiben aus Jmenau, das einen lebhaften Fortgang des dortigen neuen Vereins meldet, wird um neue Zusendung von Gesundheitscheinen ersucht, da die gesandten 25 bereits vergriffen seien. — Hr. S. Nagel aus Fürstenberg bittet u. A. um Material behufs einer von ihm projektierten Agitation bei den Glasarbeitern in Rottmünde und Brückfeld. Der Schatzmeister hat dies erledigt und nimmt der Gen. Rath Kenntniß. Ebenso von einem Schreiben aus Schramberg und aus Kahla, in welchem letzterem um Gewerkevereinsstatuten gebeten wird. Dieselben sind bereits abgefordert.

Der Schriftführer theilt alsdann mit, daß der vom Gen. Rath in seiner 2. Sitzung geforderte Antrag seitens Althaldensleben auf Entsendung des Hr. Bey an ihn eingegangen sei, worauf der Schatzmeister Hr. Bey über die von ihm auf Grund dessen nach Althaldensleben unternommene Reise berichtet. Sein, in einer stark auch von Arbeitgebern besuchten Versammlung gehaltener Vortrag sei günstig aufgenommen worden, und auch die dortigen Lokalblätter hätten sich über denselben anerkennend geäußert, wie er dem den eigentlichen Zweck als vollkommen erreicht ansehe; man beabsichtige dort jetzt auch eine Fachschule zu gründen. Die eingegangenen Korrespondenzen sind damit erledigt.

Betreffs der Vorlage des Krankentafelstatuts wird beschlossen, da die Durchsicht desselben zu viel Zeit erfordere, diese einer Kommission zu übertragen, zu welcher mit Hinzuziehung des Schatzmeisters und Schriftführers die auf der Generalversammlung anwesend gewesenen Hr. Lenß I. und Weigt gewählt werden. Die weiteren Schritte sollen in der in Kürze stattfindenden Generalrathssitzung vorgenommen werden.

Bei Punkt 3 der Tagesordnung, Bericht des Schatzmeisters, ist der Quartalsbericht bereits durch Veröffentlichung in der „Ameise“ erledigt. Der Bericht für Oktober ergiebt in der Generalrathskasse inkl. Vortrag eine Einnahme von 558 Mk. 48 Pf., eine Ausgabe von 438 Mk. 2 Pf., Bestand einschließlich 606 Mk. Kurzwertth angelegter Berl. 4¹/₂ proc. Pfandbriefe am 1. Novbr. 1876 726 Mk. 46 Pf. In der Haupttrankentafel betragen die Einnahmen inkl. Vortrag 720 Mk. 63 Pf., die Ausgaben 570 Mk. 71 Pf., Bestand am 1. Novbr. 76 einchl. 5757 angelegter Berl. 4¹/₂ proc. Pfandbriefe 5806 Mk. 92 Pf. Auf Bericht der Revisoren wird dem Schatzmeister einstimmig Decharge erteilt. Hierauf werden die durch die Agitation der Hr. Volke und Hellmigt in Thüringen verursachten Mehrkosten im Betrage von 28 Mk. 43 Pf. laut Generalversammlungsbeschlusse nachbewilligt. Der Gen. Rath beschließt ferner, die dem Anwalt Hr. Dr. Max Hirsch, sowie Hr. Weiß von den Delegirten der Generalversammlung bestimmten Gesamtphotographien derselben auf Vereinskosten einrahmen zu lassen und alsdann den Adressaten zuzustellen. Die Beschlußfassung über die Erhebung der Agitationssteuer wird zur nächsten Sitzung vertagt. Die nächste Sitzung soll den 26. Novbr. stattfinden. Schluß der Sitzung 1¹/₄ Uhr.

Mit genossenschaftlichem Gruß für den Generalrath
Gustav Lenß,
Berl.
Georg Lenß,
Hauptschriftführer,
Berlin, NW., Kirchstr. 26.

Protokoll der 3. ordentlichen Generalversammlung zu Rudolstadt,

verhandelt den 23. bis 27. September 1876.

Vierter Sitzungstag.

Zunächst gelangt der Antrag des Generalraths, auf dem Titelblatt statt „Alter“ Geburtsjahr und -tag zu sagen, zur Annahme. Bei § 2 bringt Hr. Bey den in der Vorversammlung abgelehnten Antrag des D. B. Roabit betreffs der Wandermaterstützung zur Sprache und meint, daß man die bezügliche Bestimmung jetzt auch konsequent streichen müsse. Lenß I. fragt an, wie sich denn der Vertreter für Roabit dazu stelle? Hr. Jac erklärt, daß ihm vom D. B. Roabit nicht das geringste Material noch irgend ein Antrag zugegangen sei. Der von Bey hierauf gestellte Antrag auf Streichung der die Wandermaterstützung betreffen-

Den Bestimmung wird nach kurzer Diskussion abgelehnt; es bleibt also bei den bestehenden Verhältnissen. In Bezug auf den Antrag Königszelt, Produktivgenossenschaften betreffend, (s. „Ameise“ 35, Nr. 3) führt Bey aus, daß man endlich einmal die Bestimmungen des Statuts auszuführen versuchen müsse. Er beantragt deshalb die Errichtung einer Produktivgenossenschafts-Sparkasse unter freiwilliger Beihilgung der Mitglieder. Der Antrag wird, nachdem er vom Antragsteller formuliert ist, einstimmig angenommen und laut demnach folgendermaßen: Behufs Ausführung des Art. 8, § 2 des Gewervereins-Statuts beschließt die Generalversammlung die Errichtung einer Produktiv-Genossenschafts-Sparkasse unter freiwilliger Beihilgung der Gewervereins-Mitglieder. Die Beiträge zu dieser Kasse werden von den Behörden des Gewervereins gegen Zustimmung angenommen und verwaltet. Die weiteren Bestimmungen über die Verwaltung dieser Kasse zu treffen, ist dem Generalrathe zu übertragen. Die Mitglieder dieser Kasse sind jederzeit berechtigt, ihre eingezahlten Beiträge zurückzuverlangen.

Zu den § 4, 6 und 7 liegen verschiedene Abänderungsanträge des Anwalts in Rücksicht auf § 15 des G. K. G. vor. Dieselben werden in einem beifolgenden Schreiben eingehend motiviert.

Die Dringlichkeit für die Anträge des Anwalts wird ausgesprochen und zunächst der Antrag zu § 4 mit einem von Hrn. Dollmann gestellten und von Hrn. Volke angenommenen Amendement, die Schädigung der Vereinsinteressen u. betreffend, angenommen, wonach § 4 lautet: Mitglied kann jeder Porzellan-, Glas- und verwandte Arbeiter werden, welcher die Hebung des Arbeiterstandes zur Selbstständigkeit und Gleichberechtigung mit allen andern gesellschaftlichen Klassen auf dem Wege der gesellschaftlichen Reform, insbesondere durch Berufsorganisation, Bildung und Genossenschaft, erstrebt, und überhaupt den Grundgeden der deutschen Gewervereine (Hirsch-Dunker) huldigt und demgemäß durch Revers mit seiner Unterschrift erklärt, weder Mitglied noch Anhänger einer anderen, der Gewervereinsrichtung feindlichen, insbesondere sozialdemokratischen Partei zu sein.

Die Aufnahme erfolgt für Arbeitnehmer, sowie für alle Aeltern, die dem Verein beitreten wollen, auf Vorschlag des Ortsausschusses durch den Generalrat, welchem auch die Revers einzulegen sind. Mitgliedskandidaten, welche wegen eines entehrenden Verbrechens verurtheilt waren, oder frühere Gewervereinsmitglieder, welche wegen Schädigung der Interessen und der Ehre des Vereins für ausgeschlossen erklärt worden sind — gleichviel ob sie unauferlegt entlassen sind oder nicht — bedürfen zur Aufnahme der Zustimmung des Generalrats. Kein Ortsverein hat das Recht, Ehrenmitglieder zu ernennen.

Ebenso wird der zu Art. 2 des § 6 gestellte Antrag des Anwalts, denselben folgendermaßen zu fassen:

Verloren wird die Mitgliedschaft:

- 1) durch schriftliche Austrittserklärung;
- 2) durch Nichterfüllung der statutenmäßigen Verpflichtungen, speziell durch Nichtzahlung der Beiträge während sechs Wochen, sowie durch Verletzung des Reverses (§ 4) und Agitation gegen die Prinzipien und die Organisation der deutschen Gewervereine (Hirsch-Dunker) angenommen und gleichfalls der Antrag zu § 7. Jedes Mitglied ist verpflichtet:

- 1) den Statuten und statutengemäß gefassten Vereinsbeschlüssen streng nachzukommen,
- 2) die Vereinsversammlungen regelmäßig zu besuchen, für die Ehre und Interessen des Gewervereins nach Kräften zu wirken und sich unabweisend jeder Agitation gegen die Prinzipien und Organisation der deutschen Gewervereine (Hirsch-Dunker) zu enthalten“ einstimmig angenommen.

Somit gelangen die Anträge 14 und 15 des Generalrats (Ameise“ 36) zur Annahme, Antrag 4 des D. A. Altkasser (Nr. 35) ebenfalls. Gleichfalls Antrag 16 und 17 des Gen. Raths sowie Antrag Altkassendirektor (Ameise“ 35) § 19 wird gemäß dem Antrag I des Hrn. Weiß gestrichen und Antrag 18 des Gen. Raths angenommen.

Bei Antrag 19 des Gen. Raths entspannt sich eine lebhafteste Debatte zwischen Scholz, der gegen und Bey und Baesler, die für den Antrag eintreten. Derselbe wird schließlich angenommen mit einem Amendement Scholz: Auch dürfen Mitglieder in den Ortsversammlungen Anträge einbringen, welche auf die nächste Tagesordnung gesetzt werden. Antrag 9 des Generalrats wird alsdann ebenfalls angenommen und gleichfalls Antrag 13, 20 und 21. Antrag 22 des Gen. Raths wird nach lebhaftester Debatte über die Positionen des Gen. Raths und Scholz'ens durch Ausschuss des jetzigen Antrages Bey erledigt. Der Ausschuss ist der Demission der gesamten Gewervereinsleitung, er hat für die persönliche Einsetzung der Viertelpräsidenten und Generalsekretäre der Ortsvereine zu sorgen, die Statuten zu prüfen, dem Generalrat alle demnach nöthigen Berichte zu geben, die Mitglieder- und Beitragslisten anzufertigen und dieselben dem Generalrat zu übersenden.

Antrag 23 des Gen. Raths, 5. Juli 3 Generalversammlungen zu geben und die von den Ortsvereinen herabgegebenen Beiträge zu prüfen.

Alsdann tritt (12 1/2 Uhr) die Mittagspause ein. Nach Beendigung derselben um 1 1/2 Uhr eröffnet der stellv. Vorsitzende, Hr. Scholz, die Sitzung und schlägt in Rücksicht darauf, daß er und sein Kollege Baesler bald zur Abreise gezwungen seien, sie jedoch an der Wahl des Vororts und des Gen. Raths sich gern betheiligen möchten, vor, diese Wahlen zuerst vorzunehmen und die anderen Punkte der Tagesordnung bis Beendigung derselben zurückzustellen. Hr. Voigt erklärt sich gegen den Antrag, Hr. Volke dafür. Derselbe wird angenommen. Der stellv. Vorsitzende ersucht darauf, Vorschläge zur Wahl des Vorortes zu machen. Es wird von verschiedenen Seiten Berlin vorgeschlagen. Hr. Venz I bittet dringend, von der Wiederwahl des bisherigen Vorortes abzusehen; es würden sich wohl auch anderwärts geeignete Kräfte zur Verwaltung finden. Hr. Werner erklärt sich für Berlin, hält eine Verlegung des Vorortes gerade unter den jetzigen Verhältnissen nicht für empfehlenswerth. Nach Schluß der Debatte wird Berlin zum Vorort einstimmig gewählt. Zum Vorsitzenden des Gen. Raths wird Hr. Venz I vorgeschlagen. Derselbe erklärt, daß er die Wiederwahl annimmt, wenn es ihm auch in Rücksicht auf schmerzliche Familienereignisse, die ihn betroffen schwer werde, sich dem öffentlichen Leben fern zu widmen. Die Wiederwahl des Hrn. Venz I zum Vorsitzenden des Gen. Raths erfolgt hierauf einstimmig und spricht derselbe für das ihm durch die Wiederwahl aufs neue bewiesene Vertrauen der Versammlung seinen Dank aus. Zum stellv. Vorsitzenden wird alsdann einstimmig Hr. W. Reichert gewählt. Vor der Wahl des Gen. Sekretärs fragt Hr. Baesler an, ob der bisherige Gen. Sekretär Hr. Weiß das Amt nicht wieder übernehmen könne bezw. wolle. Diese Frage wird von Hrn. Bey dahin beantwortet, daß dies nicht der Fall sei. (Fortf. folgt.)

Zur Reiseunterstützungsfrage.

Das unterfertigte Personal hat sich mit der Reiseunterstützungsfrage eingehend beschäftigt und erlaubt sich hiermit, das Resultat seiner Beratungen in einem Statutenentwurf vorzulegen. Die Statuten sind mit Rücksicht auf lokale Verhältnisse abgefaßt und fußen vor allen Dingen auf der Anschauung, daß alle Facharbeiter der keramischen Branchen, sie seien nun Former, Dreher oder Maler, an jedem Orte nur eine gemeinschaftliche Kasse haben sollten. Wir werden uns freuen, wenn andere Personale gleich uns vorgehen oder wenn durch sachliche Einwendungen gegen das nachstehende Statut die Frage in anderer, besserer Weise gelöst wird.

Das Former- und Malerpersonal der Wächtersbacher Steingutfabrik in Schlierbach.

Statuten der Reiseunterstützungskasse der Former und Maler der Wächtersbacher Steingutfabrik in Schlierbach.)

Die Kasse bezweckt:

1. Zureisenden, Arbeit suchenden Kollegen Reiseunterstützung zu gewähren;
2. Mitgliedern der Kasse bei allfälligen Reisen den Empfang ähnlicher Unterstützung bei anderen Personalen zu sichern.

Mitglieder sind alle selbstständigen Former, Dreher, Formgießer und Maler, welche länger als 4 Wochen in der Wächtersbacher Steingutfabrik arbeiten, und zwar sowohl die hier angelernten, als die von auswärts hier in Arbeit getretenen Meister.

Die Beiträge zerfallen in die Aufnahmegebühr und in regelmäßige Leistungen.

Eine einmalige Aufnahmegebühr von 10 Mark haben zu entrichten:

1. alle Lehrlinge bei ihrer Freisprechung,
2. alle fremden Arbeiter 4 Wochen, nachdem sie hier in Arbeit getreten, wenn sie nicht im Stande sind, durch ein ordnungsgemäßes Personalattest nachzuweisen, daß sie bisher ihren Verpflichtungen im Personal und gegen reisende Kollegen nachgekommen sind. Liefern sie diesen Nachweis, so sind sie von jeder Aufnahmegebühr befreit.

Eine Wiederaufnahmegebühr von 5 Mark haben bei ihrem Wiedereintritt hier zu entrichten alle Mitglieder, welche mit einem Arbeitsbuch von hier fortzogen, falls sie nicht nachzuweisen vermögen, daß sie mittlerweile dort, wo sie in Arbeit standen, ordnungsgemäße Reiseunterstützungen gezahlt haben.

Die regelmäßigen Beiträge entrichten alle Mitglieder in gleicher Höhe alle vier Wochen an den Kassirer, deren Höhe wird vom Ausschuss am Zahlungsstermine nach Bedarf festgestellt, beträgt aber nie unter 10 Pfennigen.

Wir kommen dem Ersuchen der Einjender, den Statutenentwurf in der „Ameise“ zu veröffentlichen, gern nach, bezwecken aber von vorn herein, um jedem Mißverständnis vorzubeugen, daß wir mit verschiedenen Punkten durchaus nicht einverstanden sind, und unsere diesbezügliche Ansicht darüber am Schluß des Entwurfs äußern werden. D. Red.

Die Fabrikdirektion steuert zur Kasse als regelmäßigen Beitrag jedesmal den gleichen Betrag wie die gesammten Mitglieder.

Arbeitern, welche sich weigern, ihre Aufnahmegebühr oder ihre regelmäßigen Beiträge zu zahlen, wird über Anzeige des Kassirers die fällige Summe auf dem Comptoir der Fabrik am Lohne einbehalten.

Die Leitung und Verwaltung der Kasse führt ein Vorstand von 4 Mitgliedern. 3 Mitglieder wählt jedes Neujahr die Generalversammlung diesen gesellt sich als ständiges viertes Mitglied und Vorsitzender der Fabrikdirektor hinzu. Der Vorstand vertheilt unter sich die Aemter des stellvertretenden Vorsitzenden, des Kassirers und des Schriftführers.

In seinen alle 4 Wochen stattfindenden Sitzungen entscheidet der Vorstand nach einfacher Stimmenmehrheit; in zweifelhaften Fällen giebt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Der Vorstand hat zu bestimmen über die Höhe der regelmäßigen Beiträge, sowie über die durch den Kassirer zu verabreichenden Unterstüzungen.

Er führt Bücher und Kasse und hat die ordentlichen sowie außerordentlichen Generalversammlungen einzuberufen.

Für seine Arbeiten erhält der Vorstand keinerlei Entgelt. Jedes Mitglied der Kasse muß, falls nicht triftigsten, von der Mehrheit der Mitglieder anerkannten Gründe dies unumgänglich machen, im Zeitraume von 5 Jahren wenigstens einmal eine auf ihn gefallene Wahl annehmen; bei Strafe von 5 Mark, welche bei Ablehnung sofort baar an die Kasse zu entrichten sind.

Die Kasse verwahrt und verwaltet der Vorstand. Für ihren richtigen Stand sowie für ordentliche Gebahrung mit derselben haftet er solidarisch. Zwei von der Generalversammlung auf ein Jahr gewählte Revisoren haben die Buchungen und den Abschluß zu prüfen.

Alljährlich zu Neujahr hat der Vorstand der Generalversammlung Rechnung zu legen und bleibt so lange verbindlich, bis ihm von der Majorität Decharge ertheilt wurde.

Ergiebt die Kasse am Ende des Jahres einen erheblichen Ueberschuß, so soll mit diesem wie folgt verfahren werden.

Mindestens 20 Prozent verbleiben in der Kasse. Der Rest, also höchstens 80 Prozent, werden von der Generalversammlung irgend einem gemeinnützigen oder milden Zwecke zugewiesen. (Schluß folgt.)

Personal-Nachrichten.

Trotzdem es mir sehr fern gelegen, das Personal von Bethge u. Söhne durch meine Kritik in der „Ameise“ beleidigen zu wollen, so will ich dennoch diejenigen Stellen, welche angeblich beleidigend sein sollen, auf Wunsch des oben bezeichneten Personals, um des lieben Friedens willen, hiermit zurücknehmen.

Ein Reisegeld zahlender Kollege zu Altbaldenleben.

Vereinsangelegenheiten.

§ Moabit. Ortsversammlung am 16. Oktober. (Schluß). Es folgt der Kassens-Bericht über das 3. Quart. Hr. Grunert berichtet über die Kranken- u. Begräbniskasse. Barbestand vom 1. Juli 36,05; Eintrittsgelder = 1 M. — 31 Wochenbeiträge à 0,05 = 1,55. 21 à 0,15 = 3,15; 122 à 0,25 = 30,50; 644 à 25 = 225,40; M. Zuschuß aus der Hauptkasse = 193,10. Ausgaben für Porto 0,80; 50 pCt. aus der Hauptkasse 130,85; Erlös für ein Dairtingbuch = 0,10; Summa 490,85 M. — 13 Wochen Krankengeld à 7,50; = 97,50; 20 Wochen 1 Tag à 11 M. = 221,57; Summa 450,42 M. Bleibt Bestand 40,43 M. Zahl der Mitglieder beträgt 64. Krank hatten sich 3 Mitglieder gemeldet. — Hr. Schnepf berichtet über die Ortskasse. Bestand am 1. Juli = 61,40; Wochenbeiträge 73 M., Summa 133,40; Ausgaben-Porto u. s. w. = 7,50; Abonnements 10,50; Verbands- und Ortsverbandsbeiträge 10,50; an den Generalrat 50 pCt. = 36 M. 10 pCt. für Bildungszwecke = 7,20; Summa 71,70 M., bleibt Bestand 61,70 M. Auf Antrag der Revisoren wird Decharge ertheilt.

Innere Angelegenheiten. Wir heben hervor, daß aus Anlaß vieler Klagen über den Nichtempfang der „Ameise“ beschlossen wurde, für alle nicht auf Fabriken arbeitenden Mitglieder eine Central-Ablieferungsstelle bei Hrn. Hübner Alt-Moabit 18 zu errichten sei, von wo jene sich ihre „Ameise“ abholen hätten, wenn sie es nicht vorzögen, sich dieselbe unter Erlegung des Portos zuschicken zu lassen. Einem Mitgliede wird Stündung der Beiträge gewährt, an ein anderes soll Mahnung erfolgen, die seit 11 Wochen restirenden Beiträge binnen 8 Tagen zu bezahlen, widrigenfalls Ausschuß erfolge. Schluß gegen 11 Uhr.

W. Danthof, Schriftf.

*** Sterbetafel.**

Konrad Benschel, Porzellanarb. aus Schlierbach, geb. 22. März 1826, gest. 11. Okt. 1876 an Lungenschwindsucht. Letzte Krankheitsdauer 12 Wochen.